

29

81

# Union in Deutschland

Bonn, den 8. Oktober 1981

## Appell an die Sowjetunion

Das Präsidium der CDU hat auf seiner Sitzung am Montag, 5. Oktober, die Sowjetunion aufgefordert, endlich einen konstruktiven Beitrag zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu leisten. Eine Möglichkeit dazu bieten die am 30. November beginnenden Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Mittelstreckenwaffen in Europa.

Aber auch die Fortsetzung der Diskussion über vertrauensbildende Maßnahmen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Genfer Abrüstungskonferenz, die Verhandlungen in Wien über beidseitige ausgewogene Truppenreduzierungen sowie die für das Frühjahr nächsten Jahres geplante Neuauflage der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen bieten Moskau Gelegenheit für diesen konstruktiven Beitrag. Die Erfahrung habe leider gelehrt, daß die Sowjetunion nur unter dem Druck neuer Rüstungsanstrengungen des Westens zu Gesprächen bereit sei.

Die Bereitschaft des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter mit Moskau über einen Verzicht auf die Neutronenwaffe zu sprechen, sei von der Sowjetunion nicht honoriert worden. Auf keinen Fall dürfe bei der Sowjetunion durch die Aktivitäten der sogenannten Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland der falsche Eindruck erweckt werden,

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

### ■ WOHNUNGSBAU

Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft Seite 5

Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Bereitstellung von Bauland“ Seite 7

### ■ HAUSHALT '82

Bundesrat macht eigene Vorschläge Seite 11

Sparvorschläge der Union im Ausschuß abgelehnt Seite 12

### ■ Kommunen

Städte und Gemeinden begrüßen Sparbeschlüsse des Bundesrates Seite 13

### ■ BERUFLICHE BILDUNG

Selbstverantwortung der Wirtschaft wird immer mehr ausgehöhlt Seite 15

### ■ DOKUMENTATION

Mit der Jugend / Unser Land braucht einen neuen Anfang / Zum Leitartikel des Bundesvorstandes (Teil I) grüner Teil

### ■ REGISTER

Diese UID-Ausgabe enthält das Stichwortregister für die Nummern 15—27/1981 gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

als könne der NATO-Doppelbeschluß zu Fall gebracht werden. Eine solche Fehleinschätzung würde jegliche Verhandlungsbereitschaft des Kreml im Keim ersticken.

In diesem Zusammenhang begrüßte das Präsidium die geplante Reise von Helmut Kohl in die USA. Das Präsidium sieht darin eine Möglichkeit, dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und den führenden Männern seiner Regierung sowie wichtigen Repräsentanten des amerikanischen Parlaments die Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zum Bündnis mit den USA zu erläutern.

Der Bundesvorsitzende erinnerte am Jahrestag der Bundestagswahl 1980 daran, daß die SPD/FDP-Koalition innerhalb von

---

## NICHT VERGESSEN

**Antragsschluß für den  
30. Bundesparteitag in Hamburg  
vom 3. bis 5. November 1981**

**19. Oktober 1981, 10.00 Uhr**

---

zwölf Monaten ihren vom Wähler gewährten Kredit völlig verspielt habe. „Die Wahlversprechen wurden gebrochen, die wider besseres Wissen geleugnete Misere der Staatsfinanzen bleibt bestehen, und durch die Führungslosigkeit des Bundeskanzlers gerät die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr“, sagte Helmut Kohl.

Es sei beispiellos, wie schnell der Glanz des Wahlerfolges angesichts der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen verblasse. „Es ist bezeichnend für diese Entwicklung, daß Bundeskanzler Schmidt in den eigenen Reihen zunehmend isoliert wird.“

Immer mehr führende Sozialdemokraten verweigerten dem Kanzler in der zentralen

Frage der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik die Gefolgschaft. Entgegen Schmidts wiederholten Forderungen halte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der sogenannten Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn für statthaft. „Brandt gibt damit grünes Licht für jene SPD-Mitglieder, die wie über 50 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete gegen die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD/FDP-Bundesregierung demonstrieren wollen und damit deutlich machen, daß der Bundeskanzler in dieser Frage ohne die Unterstützung der CDU/CSU im Bundestag keine Mehrheit mehr hat“, sagte Helmut Kohl.

Helmut Schmidt habe, statt den von ihm selbst herbeigeführten Doppelbeschluß der NATO offensiv zu vertreten, die Diskussion in der eigenen Partei den Gegnern einer wirklichkeitsnahen Verteidigungspolitik überlassen. „Er tat nichts, als der Widerstand gegen die amerikanischen Pläne zur Modernisierung der Rüstung Züge eines Antiamerikanismus annahm.“ Als sich Helmut Schmidt endlich zu Wort gemeldet habe, sei es zu spät gewesen. Die Gegner jener Außen- und Verteidigungspolitik, die seit über 30 Jahren den Frieden in Europa garantieren, seien in der SPD schon zu mächtig. „Allein durch die Schuld des Bundeskanzlers gerät die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielicht“, betonte Helmut Kohl.

---

## 10 000 demonstrieren

Rund 10 000 Eltern, Schüler und Lehrer der Privatschulen in Nordrhein-Westfalen haben in Düsseldorf gegen die beabsichtigten Kürzungen der Landesregierung bei den freien Schulen in Höhe von 30 Millionen Mark demonstriert. Rund 200 Privatschulen sind durch die beabsichtigten Kürzungen bedroht.

## INFORMATION

### Kiep einmütig nominiert

Die Hamburger CDU hat auf einem Parteitag einmütig dem Vorschlag ihres Landesvorstandes von Ende August zugestimmt, mit dem Bonner Unionspolitiker Kiep als ihrem Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Frühsommer anzutreten. Von den 167 anwesenden Delegierten stimmten 166 für Kiep, bei einer Enthaltung.

Kiep trug den Delegierten, die ihm mehrfach Ovationen bereiteten, in einer programmatischen Rede sein Konzept für die bevorstehende Wahlauseinandersetzung vor. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Union sei es in der Hansestadt, der Bürgerschaft als dem Landesparlament wieder zu seiner in der Verfassung festgelegten Rolle zu verhelfen und das „imperative Mandat“ zu beenden, das vom Landesparteitag der Hamburger SPD ausgeübt werde.

### Extrem hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten erklärte der Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Heinz Franke, MdB, u. a., die sehr ausgeprägte Verschlechterung aller Arbeitsmarktdaten im Vergleich zum September 1980 habe besonderes Gewicht, weil bereits die Vorjahreszahlen im Vergleich zum September 1979 ungünstig seien. Besonders schlimm sei die extrem hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, Ausländern, über 59jährigen und Behinderten.

Für viele Arbeitslose sei die Lage hoffnungslos, weil die Zahl der offenen Stellen mit nur 176 000 einen auch von Pessimis-

ten nicht erwarteten Rekordtiefstand erreicht habe. Eine Realisierung der von der Regierung beabsichtigten Streichung der originären Arbeitslosenhilfe und die damit verbundene erhöhte Sozialhilfebedürftigkeit könne viele kreisfreie Städte und Landkreise in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Die im Entwurf des Bundeshaushalts 1982 ausgewiesenen Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit unterstellten für 1982 eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 1,4 Mio. Diese Zahl werde erheblich überschritten werden. Damit entstehe ein zusätzliches Milliardenloch im Bundeshaushalt.

### Renten Anpassung

Die Anpassung aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 1982 um 5,76 Prozent wurde mit den Stimmen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien beschlossen. Die geringfügige Reduzierung des Anpassungssatzes gegenüber den angekündigten 5,8 Prozent ergibt sich aus neueren Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Der endgültige Anpassungssatz von 5,76 Prozent gilt auch für das 11. Anpassungsgesetz der Kriegsopferversorgung. Mit dieser Anpassung ist man zu der von der CDU/CSU geforderten bruttolohnbezogenen Anpassung, die von SPD und FDP für die Jahre 1978 bis 1981 ausgesetzt worden war, zurückgekehrt. Die Rentner mußten hierdurch eine große Vorleistung zur Konsolidierung der Rentenfinanzen durch das 20. und 21. Renten Anpassungsgesetz erbringen.

### CDU/CSU setzt sich für das Berufsbeamtentum ein

Weitgehende Übereinstimmung kennzeichnet der Verlauf eines am 30. September in Bonn geführten Meinungsaustau-

sches zwischen der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes unter Leitung des Bundesvorsitzenden Alfred Krause und Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl in der Bewertung der von der Bundesregierung und dem Bundesrat vorgelegten Sparbeschlüsse zu Lasten des öffentlichen Dienstes.

Übereinstimmung bestand bei dem Gespräch insbesondere darüber, daß der öffentliche Dienst keine Manövriermasse zur Überwindung haushaltspolitischer Schwierigkeiten sei. Kohl unterstrich in diesem Zusammenhang mit Nachdruck die Stellung des Berufsbeamtentums als „entscheidendes Fundament unseres Staatswesens“.

Der Vertrauensschutz in erworbene Rechte und Ansprüche sei ein wesentlicher Bestandteil glaubwürdiger Politik, der auch bei den Sparmaßnahmen Berücksichtigung finden müsse.

## Höchste Einkommensverluste in der Landwirtschaft

Zur Einkommenslage der deutschen Bauern erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ignaz Kiechle, Bundeslandwirtschaftsminister Ertl habe für die Bundesregierung eine agrarpolitische Bankrotterklärung abgegeben. Nach seinen Worten hätten die Bauern 1980/81 gegenüber dem Vorjahr 13% weniger verdient. Möglicherweise seien die Einkommensverluste noch größer. Auch im laufenden Wirtschaftsjahr 1981/82 würden die landwirtschaftlichen Einkommen zurückgehen. Die Bauern würden dann nur knapp soviel wie 1972/73 verdienen. Derartige Einkom-

menseinbußen in der Landwirtschaft habe es in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben. Vergleichbare Mißstände in anderen Wirtschaftsbereichen gebe es auch nicht.

## „Fahrlässig und dilettantisch“

Im Hinblick auf die „Austauschaktion“ mit dem Kanzleramtsspion Günter Guillaume, der in die DDR abgeschoben wurde, warf der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Lorenz, der Bundesregierung vor, dabei „fahrlässig und dilettantisch“ vorgegangen zu sein. Wenn die Bundesregierung vor dem Austausch Guillaumes „die Bedingungen klar ausgehandelt hätte“, bräuchte sie jetzt nicht davon zu sprechen, daß ihre Erwartungen wegen vorzeitiger Presseveröffentlichungen nicht erfüllt worden seien. Man hätte mit der Freilassung Guillaumes so lange warten müssen, bis alle ausgehandelten Bedingungen erfüllt worden seien.

## In Moskau gut zugehört

Mehr als 20 000 Mark hatte sich die saarländische SPD den Kampf gegen den eigenen Bundeskanzler kosten lassen: In der „Saarbrücker Zeitung“ begründete der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine per Inserat, warum er und seine Partei gegen den Doppelbeschluß der NATO zur Nachrüstung seien.

Der saarländische SPD-Landesparteitag wird im November mit Blick auf den SPD-Bundesparteitag im April 1982 den Ausstieg aus dem NATO-Doppelbeschluß beschließen.

Lafontaine war vor kurzem wie seine Gesinnungsfreunde Brandt, Bahr und Eppler zu Besuch in Moskau.

## WOHNUNGSBAU

# Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft

**Die von der Union geforderte notwendige Wende in der Wohnungsbaupolitik umfaßt drei Ziele, erklärte MdB Friedrich-Adolf Jahn (Münster), Wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der Debatte im Deutschen Bundestag.**

Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft —

Mehr Hilfe zur Selbsthilfe —

Mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die öffentlichen Kassen sind leer. Deshalb sind diese Ziele nur mit folgenden Wegen zu erreichen:

- durch steuerliche Anreize für private Investitionen,

- durch Abbau von gesetzlichen Hemmnissen für private Investitionen,

- durch Mobilisierung der ausgegebenen öffentlichen Mittel — rund 65 bis 70 Milliarden Mark,

- durch schrittweisen Abbau der Mietpreis- und Belegungsbindungen,

- durch eine Konzentration der wenigen öffentlichen Mittel auf die wirklich Einkommensschwachen (sozialer Wohnungsbau),

- durch eine individuelle Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise über das Wohnungsgeld sowie über Belegungsbindungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

■ Grundlage der Realisierung dieser Maßnahmen ist das Ordnungssystem

der Sozialen Marktwirtschaft. Die Wohnungswirtschaft ist unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise wieder schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden.

Die Union knüpft mit dieser marktconformen Zielsetzung nahtlos an die von ihr zu Zeiten, da sie die Regierungsverantwortung trug, verfolgte Wohnungsbaupolitik an, ohne die die Wohnungsbauleistungen der 60er Jahre undenkbar gewesen wären. Mit dem 1960 in Kraft getretenen Abbaugesetz (Lücke-Plan) hat die damalige Regierung die letzten Schritte zur Aufhebung der durch die beispiellose Wohnungsnot der Nachkriegsjahre bedingten Wohnungszwangswirtschaft und zum Abbau dirigistischer Eingriffe getan. Ohne hinreichenden Grund ist dieser Weg unter der Regierungsverantwortung von SPD und FDP wieder verlassen worden.

Zur Durchsetzung einer gerechteren Gestaltung des sozialen Wohnungsbaus, Impulsen für den freifinanzierten Mietwohnungsbau und einer Förderung der Eigentumsbildung strebt die CDU/CSU folgenden Maßnahmen an:

1. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau müssen in behutsamen Schritten an die Vergleichsmieten herangeführt werden. Soziale Härten werden durch das Wohnungsgeld ausgeglichen. So werden Fehlbelegungen und Mietenverzerrungen beseitigt. Die Bereitstellung eines großen Bestandes an Sozialwohnungen in Ballungsräumen durch entsprechende Verpflichtung der gemeinnützigen Wohnungsunter-

nehmen ist eine weitere Stütze der sozialpolitischen Verantwortung. Eine Fehlbelegungsabgabe hilft nicht: sie beseitigt nicht die Fehlbelegung, sondern hält statt neuer Wohnungen an Berechtigungsscheinen fest.

2. Im freifinanzierten Mietwohnungsbau muß sich die Vergleichsmiete an zeitnahen, marktorientierten Mietspiegeln ausrichten, um dem Investor eine angemessene Renditeaussicht zu bieten. Kündigungen zum Zwecke der Mieterhöhung bleiben weiterhin unzulässig. Mit Einführung von Zeitmietverträgen kann kurzfristig leerstehender Wohnraum sinnvoll genutzt werden. Zur Behebung von anfänglichen Liquiditätsschwierigkeiten muß die degressive Abschreibung für den Investor verbessert werden.

3. Durch steuerliche Erleichterungen soll die Eigentumsbildung gefördert werden. Paragraph 7b EStG soll Erleichterungen vor allem für Familien ab einem und mehr Kindern bringen. Die Stichtagsgrenzen für Erweiterungen und Ausbauten müssen beseitigt, neue Fristen festgesetzt werden.

Im übrigen bedarf es einer Baulandmobilisierung, um ein größeres Baulandangebot mit der Folge niedriger Baulandpreise zu ermöglichen. Die Bodenvorratspolitik der Gemeinden darf nicht einseitig fiskalisch ausgerichtet sein. Die bodenrechtlichen Instrumente nach dem Bundesbaugesetz müssen konsequenter genutzt werden. Bund, Länder und Gemeinden bleiben aufgefordert, eigenen Grund und Boden vor allem an solche Bauwilligen zu veräußern, die erstmals bauen wollen.

Die Bundesregierung spricht verbal von der Sozialen Marktwirtschaft im Wohnungsbau; tatsächlich kündigt sie jedoch mehr Dirigismus, mehr Verbote und mehr Gebote an. Die Koalition erwartet das Heil vom Staat, der am Ende seiner Finanzkraft ist. Wohnungsbau braucht Marktwirt-

schaft, Ökonomie statt Ideologie. Was Privatinitiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen.

## **Regierung steht im Abseits**

Die Stagnation des sozialen Wohnungsbaus erscheint vor allem der SPD sozial unerträglich. Die Jusos, der DGB und weitere Anwälte des sozialen Wohnungsbaus verlangen, daß jährlich 100 000 soziale Mietwohnungen neu gebaut werden. Bei den heutigen Kosten erfordern 100 000 soziale Mietwohnungen in den Verdichtungsräumen etwa 15 Milliarden DM öffentliche Subventionen.

Wer diese Forderung erhebt, sollte gleichzeitig seine Finanzierungsvorschläge unterbreiten. Dabei muß auch gefragt werden, welche Entwicklung der soziale Wohnungsbau in den Jahren der SPD/FDP-Koalition genommen hat, erklärte MdB Oscar Schneider in der Debatte.

Die für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellten Mittel sanken real während der ganzen siebziger Jahre. Obwohl in jenem Jahrzehnt der Umfang der öffentlichen Haushalte jährlich um fast zehn Prozent zunahm, lag der Anstieg der Mittel für den sozialen Wohnungsbau im Durchschnitt unter vier Prozent. Das war deutlich weniger als die Geldentwertungsrate. Auch künftig werden die real verfügbaren Mittel für den sozialen Wohnungsbau nach den erkennbaren Finanzplanungen des Bundes und der Länder rückläufig sein.

Angesichts dieser Entwicklung muß unsere Wohnungsbestandspolitik, die heute unter Fehlbelegung, Unterbelegung, Erstarrung der Mietverhältnisse und Mietpreisverzerrungen leidet, konsequent sozialpolitisch ausgerichtet werden. Möglich ist dies freilich nur, wenn bei Neuvermietungen die Verteilungsmechanismen des Marktes wirken können. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind im Rahmen eines sozial abgesicherten Stufenplanes

schrittweise an die Marktmieten heranzuführen. Dabei ist freilich zu sagen, daß wir gegenwärtig keine Marktmieten, sondern im freifinanzierten Wohnungsbau nur Vergleichsmieten haben, die keineswegs den Marktmieten gleichgesetzt werden dürfen.

Soweit der soziale Wohnungsbau mit den noch verbliebenen knappen Mitteln weitergeführt werden kann, müssen alle Vorschläge und Forderungen, die darauf abzielen, die Kapitalintensität des Wohnungsbaus zu senken und die freiwillige Ersparnis zugunsten des Wohnungsbausektors zu erhöhen, ernsthaft geprüft und berücksichtigt werden. Auch in der Bundesrepublik Deutschland kann schneller, wirtschaftlicher und preisgünstiger gebaut werden.

Es ist festzustellen:

- Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung sind ungeeignet, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme am Wohnungsmarkt zu lösen. Selbst die verbesserten steuerlichen Anreize werden wegen der fortbestehenden übrigen Rahmenbedingungen ihren stimulierenden Effekt nur abgeschwächt auslösen können.
- Die gesetzlich normierte Wirtschaftsordnung im Wohnungswesen führt zwangsweise ins gesetzlich geregelte Defizit.
- Seit mehr als zehn Jahren führt die Wohnungspolitik ins soziale Abseits.

Die Verteilungsprobleme blieben ungelöst, und die sozialwidrigen Besitzstände verfestigen sich immer mehr.

- Alle wohnungspolitischen Programme der Bundesregierung sind gescheitert, mußten scheitern, weil sie gegen elementare Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft und Erfahrung verstoßen.
- Der Bundesbauminister scheitert an der Untätigkeit und Interesselosigkeit des Bundeskanzlers, der von seiner Richtlinienbefugnis nicht Gebrauch macht. Er scheitert am Justizminister, der gegen alle Erfahrungen und wirtschaftlichen Einsichten am derzeitigen Mietrecht zum Schaden der Mieter festhält. Er scheitert am Wirtschaftsminister, der zwar gerne der „Ludwig Erhard der achtziger Jahre“ sein möchte, dem es aber an politischer Entschlußkraft und an Durchsetzungsvermögen fehlt, nach seiner politischen Erfahrung und Überzeugung zu handeln.
- Eine neue Wohnungspolitik setzt eine neue Bundesregierung voraus, eine neue parlamentarische Mehrheit, die sich nicht gegenseitig blockiert, sondern wechselseitig unterstützt. Die in den Zielen übereinstimmt und so sich auf ein gemeinsames Handeln zu einigen die Kraft besitzt.

Angesichts dieses politischen Hintergrundes gewinnt die Entschluß- und Einsichtslosigkeit der jetzigen Bundesregierung die Dimension einer geschichtlichen Schuld.

## **Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Zur Bereitstellung von Bauland“**

Der Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Erleichterung der Bereitstellung von Bauland“ entspricht seiner Zielsetzung nach nicht den in der vergangenen Legis-

laturperiode vom Bundestag einmütig gefaßten Entschlüssen, die Lösung der Problematik der städtebaulichen Gemengelage (Nebeneinander von Wohnungen

und Betriebsstätten) und eine Vereinfachung des Sanierungs- und Erneuerungsverfahrens in den Mittelpunkt künftiger Novellierungsbemühungen zu stellen; beide Bereiche sind — erneut — bewußt ausgeklammert worden. Der Gesetzentwurf hat damit das Thema verfehlt.

In der Sache ist der Gesetzentwurf, abgesehen davon, daß er weitere komplizierte Regelungen in das für den Bürger und die Gemeinden ohnehin kaum noch zu durchschauende Bundesbaugesetz trägt, aus verfassungsrechtlichen, rechtssystematischen und praktischen Gründen zu beanstanden. Teilweise bestehen Widersprüche zu den übrigen von der Bundesregierung eingebrachten wohnungspolitischen Gesetzentwürfen. Unter den Bezeichnungen „erweiterte Umlegung“ und „gemeindliche Entwicklungsmaßnahmen“ werden in Wahrheit Enteignungstatbestände geregelt, ohne daß die hierfür verfassungsmäßig vorgesehenen verfahrensmäßigen Garantien gewährleistet sind.

Hier wird Etikettenschwindel betrieben. Inhaltlich wird aus dem bewährten Instrument des Umlegungsverfahrens als eines reinen Grundstückstauschverfahrens ein Grundstücksverteilungsverfahren zu Lasten derjenigen, die Grundstücke in das Umlegungsgebiet eingebracht haben. Bisher haben, die Gemeinden versucht, auf freiwilliger Basis eine Zuteilung auch an andere als an der Umlegung unmittelbar Beteiligte zu ermöglichen. Die jetzt vorgesehene unmittelbare Zuweisung von Grundstücken an Dritte durch die Gemeinde bedeutet dagegen ein Stück mehr Dirigismus im Bodenrecht, wo mehr Freiwilligkeit hätte gefördert werden sollen.

Darüber hinaus werden die durch die Zuteilung an Dritte ohnehin reduzierten Grundstücke der Alteigentümer mit preislimitierten öffentlichen Ankaufs- und Vorkaufsrechten belastet, so daß den Eigentümern nur noch verhältnismäßig begrenzte Nutzungsmöglichkeiten verbleiben: Ei-

ne Neuzuteilung nur zur Deckung des privaten Baulandsbedarfs für die Familie des Alteigentümers gibt nicht gleichwertigen Grund und Boden zurück, sondern verschafft qualitativ minderwertiges Eigentum, ohne daß eine Entschädigung gewährt würde.

Die Verschärfung der vorhandenen Bauland-, Nutzungs- und Modernisierungsgebote, bislang von den Gemeinden als „ultima ratio“ verstanden, verlagert die Verantwortung für die Bereitstellung von mehr Bauland in unzulässiger Weise auf die Gemeinden. Anstatt das schwerfällige Bauleitplanungsverfahren, das als eine Hauptursache für die ungenügende Baulandbereitstellung erkannt ist, zu vereinfachen, sollen die Gemeinden künftig entgegen besserer Einsicht in verstärktem Maße mit Geboten drohen. Wer glaubt, mit solchen Maßnahmen mehr Bauland bereitstellen zu können, muß sich den Vorwurf ungenügender Kenntnis der städtebaulichen Praxis gefallen lassen.

Mit einer Ausdehnung der gemeindlichen Erhaltungssatzung soll eine Mieterverdrängung vor allem durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Auf diesem Gebiet grundsätzlich zu begrüßende Regelungen gehören jedoch nicht ins Bundesbaugesetz; die gleichen Ziele sind richtigerweise im Mietrecht zu verfolgen. Wie etwa der neue unbefristete vorbeugende Kündigungsschutz mit dem nach dem Bundesbaugesetz vorgesehenen fünfjährigen Kündigungsschutz in Einklang zu bringen ist, bleibt ein bislang nicht geklärter Widerspruch.

Insgesamt erscheint der Gesetzentwurf zum Bundesbaugesetz einseitig wohnungsbaupolitisch ausgerichtet. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird er einer gründlichen verfassungsrechtlichen Überprüfung unterzogen werden müssen. Hierbei wird — nicht zuletzt wegen der praktischen Auswirkungen — eine verstärkte Beteiligung der Vereinigungen und Verbände, die es angeht, unumgänglich sein.

## KOALITION

### „Enteignung“ der Arbeitnehmer

Die von der Bundesregierung geplante Absenkung steuerlich zulässiger Pensionsrückstellungen bezeichnete Ludolf von Wartenberg, stellvertretender Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, als „Enteignung“ der Arbeitnehmer. Die Absenkung der Rückstellungen sei eine Auflösung vorhandener individueller Deckungsmittel, die für Leistungen an die Arbeitnehmer bestimmt seien.

Die Folgen dieser Maßnahmen sind gravierend: Nach den bisherigen Grundsätzen der Finanzverwaltung dürfen die vorhandenen Rückstellungen solange nicht aufgelöst werden, solange die Verpflichtung zur Bildung von Rückstellungen nicht wegfällt oder reduziert wird. Der Gesetzesentwurf widerspricht diesem Grundsatz, da eine Minderung der Verpflichtungen nicht vorliegt. Im Gegenteil: die Verpflichtungen sind unterfinanziert, da die Rückstellungen den künftigen Anstieg der Rentenbemessungsgrundlage nicht berücksichtigen.

Das an erster Stelle genannte Gesetzesziel, die Investitionen zu fördern, wird verfehlt. Außerdem wird die betriebliche Altersversorgung als Ergänzung der Sozialversicherung an ihrer Ausbreitung gehindert. Die Wirtschaft fragt sich, ob dies der Anfang weiterer Konfiszierungen ist, und wird keine weiteren Zusagen machen.

### SPD-Rücksichtnahme auf die Sowjetunion

Zum zweitenmal erklärten sich die SPD-Mitglieder des Verteidigungsausschusses außerstande, Vorschläge der Union zur kontrollierten Abrüstung der biologischen,

chemischen und atomaren Waffen zu beraten. Dabei handelte es sich um zwischen den Fraktionen des Bundestages bisher nicht umstrittene Vorschläge.

Hierzu erklärte der CDU-Abgeordnete Markus Berger, diese Thematik erhalte zusätzliche Aktualität durch den vor der UNO erhobenen Vorwurf, die Sowjetunion setze in Afghanistan chemische Waffen ein und sowjetische biologische Kampfstoffe wären in Laos und Kambodscha benutzt worden. Der amerikanische Außenminister Haig habe in Berlin diesen Vorwurf bekräftigt.

### „Die Bonner Koalition möge in Ehren sterben“

Unter starkem Beifall des 11. Kongresses der Gewerkschaft Holz und Kunststoff sprach sich der ausscheidende Gewerkschaftsvorsitzende Georgi für eine Beendigung der Bonner Koalition von SPD und FDP aus: „Wenn dieses politische Bündnis von dem kleineren Koalitionspartner so stranguliert wird, daß es seinen sozialdemokratischen Atem noch restlos verliert, mag es in Ehren sterben.“ Die Gewerkschaften hätten, erklärte Georgi weiter, auch die Aufgabe, notfalls in Opposition zu Bonn zu stehen, wenn die Arbeitnehmerinteressen weiter so verletzt würden wie durch Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP).

### SPD verhindert Berufsqualifikation

Zur Anhörung von Sachverständigen zum Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz erklärte Wolfgang Vogt, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Das AFKG enthält Bestimmungen, durch die künftig Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung verhindert wird, und die von der CDU/CSU unterstützt werden.

Die Anhörung von Sachverständigen hat jedoch auch die Bedenken der CDU/CSU gegen einzelne Bestimmungen des AFKG bekräftigt:

1. Die Arbeitslosenstatistik soll künftig schonfärberisch manipuliert werden können.

2. Die arbeitsfördernden Maßnahmen werden so zurechtgestutzt, daß die Bundesanstalt für Arbeit künftig keine aktive Arbeitsmarktpolitik mehr betreiben kann.

3. Die Sozialabgaben werden weiter steigen. Minister Ehrenberg kann künftig, ohne den Gesetzgeber zu fragen, an der Beitragsschraube weiterdrehen.

Die durch die SPD/FDP gesetzten Prioritäten ruinieren die Arbeitsförderung, also gerade das Instrumentarium des Gesetzes, das zukunftsorientiert und geeignet ist, Arbeitslosigkeit zu verhindern und die berufliche Qualifikation der Arbeitslosen zu erhöhen, weil es der Koalition an Mut zu sozial vertretbaren Änderungen bei Versicherungsleistungen fehlt.

## Koalitionspartner unter und über sich

Günther Jansen, linker SPD-Chef von Schleswig-Holstein, hat auf dem letzten Landesparteitag erklärt: „Diese Koalition ist nicht der einzige Weg und Hans-Dietrich Genscher nicht der einzige Partner, mit dem Sozialdemokraten Politik machen können.“ Die SPD zahle „nicht jeden Preis für die Regierungsbank“.

Herbert Schmülling, FDP-Pressesprecher und enger Vertrauter von Parteichef Genscher, betonte nach der Rede von Günther Jansen, man beobachte die Entwicklung der SPD in den Ländern sehr aufmerksam. Auch das Verhalten des Führers der oppositionellen SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, Hans-Jochen Vogel, zeige, daß immer mehr Sozialdemokraten die Zukunft ihrer Partei in der Zusammen-

arbeit mit „Alternativen“ und „Grünen“ sähen als mit der FDP. Schmülling stellt hier einen inneren Auszehrungsprozeß im Verhältnis von Teilen der SPD zur Bonner Koalition fest, der sehr ernst genommen werden müsse.

## Linker Stadtrat trennt sich von der SPD

Der linke Sozialdemokrat und Nürnberger Stadtrat Jürgen Wolff ist aus der SPD-Fraktion und aus der Partei ausgetreten. Er erklärte zu seinem überraschenden Rücktritt: „Nach neunjähriger Fraktions- und 20jähriger Parteizugehörigkeit stehe ich am Ende einer Entwicklung, die es nicht länger zuläßt, mich mit der Politik der SPD zu identifizieren.“ Entscheidungen würden einzig durch Zwang oder unabänderlichen Willen, die demokratisch durch Wahlen legitimierte Macht zu erhalten, gefällt. Die Linke sehe sich einem ständigen Sperrfeuer von rechts ausgesetzt. Bürodespolitisch herrsche völlige Ignoranz der Amtsinhaber und Funktionäre.

## Rücktritt an der Juso-Spitze

Der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Detlev Samland ist von seinem Amt zurückgetreten. Samland reagierte damit auf eine Veröffentlichung des „Stern“, der behauptet hatte, Samland habe sich als Mitorganisator des SPD-Wahlkampfblattes „Zeitung am Sonntag“ finanziell bereichert und fragwürdige Transaktionen vorgenommen. Samland erklärte dazu in Bonn, er werde sich gegen die Veröffentlichung des „Stern“ mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Da der Bericht geeignet sei, die Glaubwürdigkeit der Juso-Arbeitsgemeinschaft anzutasten, trete er von seinem Amt in der SPD-Nachwuchsorganisation zurück. Dies sei jedoch „kein irgendwie geartetes Schuldgeständnis“, betonte Samland.

## HAUSHALT '82

# Bundesrat macht eigene Vorschläge

**Deutliche Kritik hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu den im Haushaltsstrukturgesetz zusammengefaßten Sparbeschlüssen der Bundesregierung geäußert. Vor allem wird kritisiert, daß die echten Kürzungen nur rd. 6,5 Mrd. DM ausmachen. Generell stellt sich der Bundesrat gegen die Steuer- und Abgabenerhöhungen, die die Leistungs- und Investitionsbereitschaft hemmen.**

**N**icht hinzunehmen ist für die Länder, daß statt bei den Ursachen finanzieller Fehlentwicklungen anzusetzen, finanzielle Lasten vom Bund auf Länder und Gemeinden verschoben werden, z. B. durch Ausgabenminderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit.

### Der Bundesrat lehnt ab:

- die Kürzung des Kindergeldes (familienpolitisch verfehlt);
- die Streichung des Bundeszuschusses für die Studentenkrankenversicherung (Kostenverlagerung auf die Träger der Ausbildungsförderung und die Länder),
- die Einschränkung der Möglichkeiten nach den §§ 6b, 6c EStG (konjunktur- und beschäftigungspolitisch bedenklich);
- Absenkung des Alters für die uneingeschränkte steuerliche Berücksichtigung eines Kindes von 18 auf 16 Jahre;
- die Streichung des anrechnungsfreien Betrages von 2 400 DM für eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes beim Aus-

bildungsfreibetrag (familienpolitische Bedenken);

- die Abschaffung der Lohnsteuerpauschalierung für Teil- und Aushilfsbeschäftigte;
- die Einschränkung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand;
- die Beseitigung des Vorsteuerabzugs bei der Beschaffung von Betriebs-Pkw.

### Der Bundesrat fordert zusätzlich:

- Umstellung der Ausbildungsförderung bei Schülern und Studenten auf Darlehen;
- Einschränkungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe durch Veränderung der Bemessungsgrundlage;
- Änderung der Regelungen für die Zumutbarkeit einer neuen Arbeitsaufnahme;
- Angleichung der Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Sozialversicherung an die Höhe des Arbeitslosengeldes (und nicht an das letzte Bruttoeinkommen);
- Kürzung der Bezahlung von jungen Anwärtern im öffentlichen Dienst um 10%;
- beschleunigter Abschluß der begonnenen Tarifverhandlungen zum Abbau der Überversorgung im öffentlichen Dienst;
- Verringerung der Gesamtzahl der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren um jährlich 1%;
- geringere Anpassung der Regelsätze im Bereich der Sozialhilfe während der nächsten zwei Jahre;
- Lockerung des Mietrechts für den freifinanzierten Wohnungsbau zur Beseitigung der Wohnungsengpässe.

## ■ HAUSHALT '82

### Sparvorschläge der Union im Ausschuß abgelehnt

**SPD und FDP haben im Haushaltsausschuß den Antrag der CDU/CSU abgelehnt, gemeinsam weitere Ausgabekürzungen im Haushalt 1982 zu beschließen und dazu staatliche Leistungen und Subventionen linear oder durch gezielte Einzelmaßnahmen um insgesamt 5 v. H. zu kürzen.**

Die Koalition hat damit die große Chance vertan, einen wichtigen Schritt zu einer dauerhaften Haushaltssanierung zu machen, erklärten der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß MdB Erich Riedl und dessen Stellvertreter, MdB Manfred Carstens (Emstek). Darüber hinaus wurde der angesichts rapide steigender Arbeitslosenzahlen dringend erforderliche Handlungsspielraum für Maßnahmen zur Anregung privater Investitionen nicht erreicht.

Mit ihrem Vorschlag hatte die CDU/CSU eine Anregung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — der 5 Weisen — im Sondergutachten vom Juli 1981 aufgegriffen. 1980 hatte die Schweiz dieses Beispiel vorexerziert. Auch US-Präsident Reagan plant lineare prozentuale Kürzungen für alle Ressorts.

Die CDU/CSU hat ihren Vorschlag nicht als umfassendes Alternativprogramm zur Sanierung der durch die SPD/FDP-Politik der vergangenen zwölf Jahre zerrütteten Staatsfinanzen betrachtet. Als Opposition kann die CDU/CSU den Staatshaushalt nicht sanieren. Die Beispiele aus dem

Ausland, auf die sich Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition sonst so gerne berufen, zeigen jedoch: Bei gutem Willen hätte auf diese Weise durchaus ein großer Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet werden können.

Der SPD/FDP-Mehrheit des Ausschusses ist aber an einer solchen gemeinsamen, alle gleichmäßig treffenden Sparaktion, wozu die CDU/CSU bereit gewesen wäre, offenbar überhaupt nicht gelegen. SPD und FDP sind an Kürzungsanträgen von CDU/CSU vielmehr nur insoweit interessiert, als diese dem angeschlagenen Koalitionsbündnis die willkommene Gelegenheit bieten, CDU und CSU nach sattsam bekanntem Rezept bei den dadurch Betroffenen als soziale Demonteure zu denunzieren und so von der eigenen Verantwortung für die Misere der Staatsfinanzen und den dadurch notwendigen schmerzhaften Eingriffen in gesetzliche Leistungen abzulenken.

Die Sanierungsvorschläge der Bundesregierung sind insgesamt unausgewogen und unzureichend. Das selbst gesetzte Sparziel ist nicht erreicht. Um die erforderliche wirtschafts- und finanzpolitische Wende jetzt endlich einzuleiten, muß die Neuverschuldung beim Haushalt 1982 und in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich niedriger liegen.

Weitere Ausgabekürzungen sind deshalb und auch angesichts zahlreicher Haushaltsrisiken unvermeidlich. Dabei gehören alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand. Ziel muß es sein, Leistungen und Subventionen linear oder durch gezielte Einzelmaßnahmen um insgesamt 5 v. H. zu kürzen.

Die CDU/CSU ist bereit, innerhalb dieses Rahmens zusätzliche sachgerechte Sparanregungen sowohl der Bundesregierung als auch der Koalitionsfraktionen mitzutragen.

## KOMMUNEN

# Städte und Gemeinden begrüßen Sparbeschlüsse des Bundesrates

**Die Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen ist nur möglich, wenn die strukturellen Defizite des Gesamthaushaltes aller Gebietskörperschaften von gegenwärtig 35 bis 40 Mrd. DM schrittweise abgebaut werden, heißt es in einer Entschließung des Gesamtvorstandes der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.**

Dazu bedarf es der Überprüfung aller öffentlichen Leistungen. Das Ziel von Sparmaßnahmen muß sein, die öffentlichen Haushalte von konsumtiven Ausgaben zu entlasten, um neuen Spielraum für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen bei gleichzeitiger Entlastung des Kapitalmarktes zu gewinnen.

Auch die Städte, Gemeinden und Kreise müssen alle notwendigen Sparmaßnahmen ergreifen und ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, erklärte MdB Horst Waffenschmidt auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Eine Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushaltes ist nur dann gegeben, wenn tatsächlich bei bestehenden Ausgaben Einsparungen erzielt werden. Eine Verlagerung von Ausgaben von einer öffentlichen Ebene auf die andere ist keine Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushaltes. Die Städte, Gemeinden und Kreise sind bei drastisch zurückgehenden Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, nicht in der Lage, zusätzliche Lasten zu übernehmen. Sie haben die

Grenze der Verschuldungsfähigkeit erreicht. Im übrigen würde eine Ausweitung der kommunalen Verschuldung dem erklärten Ziel einer Entlastung des Kapitalmarktes widersprechen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen führen im Ergebnis zu keiner Entlastung der kommunalen Haushalte, sondern zu Mehrbelastungen in beträchtlicher Höhe. Damit wird das Ziel der Konsolidierung des Gesamthaushaltes nicht erreicht.

Zwar würde der Abbau von Steuervergünstigungen auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer zu gewissen Mehreinnahmen führen, sie werden aber überkompensiert durch Mindereinnahmen vor allem aufgrund der geplanten Abschreibungsverbesserungen. Per Saldo ergeben sich damit für die Städte und Gemeinden steuerliche Mindereinnahmen mit stark zunehmender Tendenz, die 1985 bereits bei rund einer halben Milliarde DM liegen. Bei den Abschreibungsverbesserungen im Baubereich werden sich die Einnahmeausfälle sogar bis zum 8. Jahr — also bis Ende der 80er Jahre — auf 1,2 Mrd. DM jährlich (nach den Schätzungen des BMF) kumulieren.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen für den öffentlichen Dienst bringen den Kommunen nicht die vom Bund quantifizierte Haushaltsentlastung von ca. 530 Mio. DM (im Jahr 1982). Die Kürzung der Bezüge im öffentlichen Dienst um 1 v. H. des Anfangsgrundgehaltes/Festgehaltes und des Ortszuschlags

(Stufe 1) wird nämlich nicht unmittelbar für die Arbeiter, die bei den Kommunen eine besonders große Rolle spielen, wirksam. Beschränkt auf Beamte, Angestellte und Versorgungsbezieher wird diese Maßnahme aber keine Entlastung für die Kommunen von 335 Mio. DM, sondern allenfalls von 200 bis 230 Mio. DM bringen, was etwa einem halben Prozent der kommunalen Personalausgaben entspricht.

Im Bereich der sozialen Sicherung führen die Sparbeschlüsse des Bundes zu beträchtlichen Überwälzungen auf die Sozialhilfe. Die zahlreichen und teilweise einschneidenden Leistungskürzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in der Reichsversicherungsordnung, aber auch die Änderungen des Kindergeldgesetzes, des Wohngeldgesetzes und verschiedener weiterer Leistungsgesetze bewirken Lastenverschiebungen auf die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger, die nach bisheriger Prüfung auf mindestens 1 Mrd. DM jährlich zu beziffern sind. Dabei sind in den letzten Jahren die finanziellen Belastungen der Kommunen durch Sozialleistungen ständig überproportional gestiegen. Allein die Sozialhilfeleistungen werden von 3,3 Mrd. DM im Jahre 1970 auf schätzungsweise 15 Mrd. DM im Jahre 1981 ansteigen.

Die Städte, Gemeinden und Kreise wenden sich nachdrücklich dagegen, Leistungskürzungen im sozialen Bereich dadurch vorzunehmen, daß Leistungen und Lasten lediglich auf andere Leistungsträger abgewälzt werden. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen es, daß der Bundesrat im Grundsatz der gleichen Auffassung ist und im Hinblick auf die erheblichen Lastenüberwälzungen auf die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger es als unvertretbar bezeichnet hat, Teilentlastungen des Bundeshaushaltes über die Haushalte anderer öffentlicher Leistungsträger zu finanzieren.

Die kommunalen Spitzenverbände sind der Auffassung, daß die unterschiedlichen Leistungshöhen in den verschiedenen sozialen Leistungsgesetzen auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind. Wenn nicht nur die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nicht dem BSHG, sondern auch Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe des AfGG nach ihrer Zielsetzung dem Empfänger die Führung eines menschenwürdigen Lebens gewährleisten sollen, kann es nicht richtig sein, daß in ständig wachsender Zahl Empfänger von Leistungen des AfGG wegen zu niedriger Sätze auf Dauer ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG in Anspruch nehmen können. Die Mindesthöhe der Arbeitslosenunterstützung müßte deshalb an den Regelsätzen des BSHG ausgerichtet werden, die nach dem Bedarf des Empfängers bemessen werden.

Die kommunalen Spitzenverbände halten es darüber hinaus für geboten, auch die in den zurückliegenden Jahren vom Gesetzgeber ständig verbesserten Sozialhilfeleistungen kritisch zu überprüfen, um die Sozialhilfe als unterstes Netz der sozialen Sicherheit leistungsfähig zu erhalten und den wirklich Bedürftigen die erforderliche Hilfe gewähren zu können. Aus diesem Grunde haben sie bereits 1976 detaillierte Vorschläge zur Änderung des Sozialhilferechts vorgelegt, deren Ziel es war, damals bereits erkennbare Fehlentwicklungen aufgrund überzogener Leistungsbestimmungen zu korrigieren, ohne die fürsorgerisch gebotene Hilfe in Frage zu stellen. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen nachdrücklich, daß der Bundesrat, nachdem er bereits im Sommer die Notwendigkeit einer Begrenzung der Kostenzuwächse im Sozialhilfebereich betont hat, nunmehr in seiner Stellungnahme zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung konkrete Änderungsvorschläge zum Sozialhilferecht mit dem Ziel der Ausgabenbegrenzung vorgelegt hat.

## BERUFLICHE BILDUNG

# Selbstverantwortung der Wirtschaft wird immer mehr ausgehöhlt

Die SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag hat gegen die Stimmen der CDU/CSU-Opposition das von der Bundesregierung vorgelegte Berufsbildungsförderungsgesetz verabschiedet. Es stellt die Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesinstituts für Berufsbildung, den jährlichen Berufsbildungsbericht und die Berufsbildungsstatistik wieder her, die mit der Ablehnung des Ausbildungsstellenförderungsgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht entfallen war.

Das duale System beruflicher Bildung hat die Bewährungsprobe der Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge bisher hervorragend bestanden. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Unternehmensleitungen und Betriebsräte haben Außerordentliches geleistet und sind ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht geworden, erklärte MdB Dorothea Wilms.

Mit dieser Leistung wird eine bildungspolitische Ideologie von gestern und heute widerlegt, man könne nur mit staatlicher Planung und Dirigismus die Ausbildungsprobleme der Jugend lösen.

Trotzdem halten Teile von SPD und FDP an ihrem Glauben an staatliche Planung fest, und durch das jetzt verabschiedete Berufsbildungsförderungsgesetz werden die Gefahren dirigistischen Eingreifens wieder größer. Die Möglichkeiten staatlicher Interventionen sollen mit Hilfe von Finanzierungsregelungen — diese sind im Gesetz noch nicht enthalten, aber

in der Beschlußempfehlung als Auftrag an die Bundesregierung angekündigt — und mit Hilfe des Bundesinstituts für berufliche Bildung durchgesetzt werden.

Finanzierungsregelungen werden aber aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Erwägungen strikt von der Union abgelehnt, da sie zu bürokratischem Aufwand führen, ohne die Effizienz zu verbessern, und die Eigenverantwortung der Wirtschaft für die Ausbildung zerstören. Befürworter überbetrieblicher Finanzierung der beruflichen Bildung haben dagegen zum Ziel, Aus- und Fortbildung in staatlicher Hand zu monopolisieren.

Das Bundesinstitut für berufliche Bildung erhält durch das Gesetz eine neue Rechtsgrundlage mit erweiterter Aufgabenstellung. Auch hierin sieht die Union einen gefährlichen Weg zu mehr Bürokratisierung und Reglementierung. Deshalb legte hier die Union einen Abänderungsantrag vor, durch den das Bundesinstitut schwerpunkthaft mit Forschungsaufgaben betraut werden soll und gleichzeitig verhindert wird, daß routinemäßige Verwaltungsaufgaben des Ministeriums auf das Bundesinstitut delegiert werden.

Die Union kritisiert ferner die Ausdehnung der Bildungsplanung auf die Weiterbildung, wie sie durch einen Änderungsantrag der SPD gefordert wird, weil den Weiterbildungsbefugnissen der einzelnen Fachkräfte — aber auch der Betriebe — durch ein Netz von Verordnungen nicht zweckdienlich entsprochen werden kann, vielmehr gerade die Weiterbildung auf Flexibilität und Realitätsnähe angewiesen ist.

UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 Bonn 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

12. 10. LV Baden-Württemberg  
 Präsidium und Landesvorstand  
 Stuttgart
12. 10. LV Berlin  
 Landesvorstand, Berlin
16. 10. LV Schleswig-Holstein  
 Frauenvereinigung  
 Hauptausschuß, Kiel
- 16./18. 10. **JU — Bund**  
 Deutschlandtag 1981, Köln
17. 10. LV Baden-Württemberg  
 Frauenvereinigung  
 Landesfrauentag, Stuttgart
19. 10. LV Saar  
 Landesausschuß, Saarbrücken
19. 10. LV Rheinland-Pfalz  
 Landesvorstand, Mainz
19. 10. LV Bremen  
 Landesvorstand, Bremen
20. 10. LV Saar  
 Geschäftsführerkonferenz  
 Saarbrücken
21. 10. **KPV — Bund**  
 Konstituierende Bundesvor-  
 standssitzung, Düsseldorf
22. 10. LV Rheinland  
 Sicherheitspolitischer Kongreß  
 Mönchengladbach
23. 10. **Frauenvereinigung — Bund**  
 AK „Medien“, Mainz
23. 10. **JU Rheinland-Pfalz**  
 Landesausschuß
- 23./24. 10. **JU — Bund**  
 Bundesvorstand
- 23./24. 10. **CDA — Bund**  
 Geschäftsführender Bundesvor-  
 stand, Königswinter
- 23./24. 10. **CDA — Bund**  
 Bundesvorstand, Königswinter
- 23./25. 10. **Exil-CDU**  
 Deutschlandpolitische Regional-  
 tagung, Mülheim/Ruhr
24. 10. **JU Niedersachsen**  
 Fachtagung „Jugend und  
 Selbständigkeit“, Göttingen
24. 10. LV Baden-Württemberg KPV  
 Kommunalkongreß mit Landes-  
 delegiertentag und Landespar-  
 teiausschuß, Blaubeuren
24. 10. LV Rheinland  
 Jahreshauptversammlung  
 Krefeld
24. 10. LV Rheinland-Pfalz  
 Mittelstandsvereinigung  
 Landesmittelstandstag, Mainz
- 23./25. 10. LV Schleswig-Holstein  
 34. Landesparteitag  
 Eckernförde
- 23./25. 10. **RCDS — Bund**  
 Bundesausschuß, Bonn
26. 10. LV Bremen  
 Landesausschuß, Bremen
27. 10. LV Bremen  
 Fachkongreß „Die berufstätige  
 Frau“
30. 10./1. 11. **RCDS — Bund**  
 Gruppenvorsitzendenkonferenz  
 Mannheim

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Win-  
 ler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag**  
 Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon  
 (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung**  
 Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn  
 Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr.  
 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM  
 Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**U*i*D**